

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

295 (19.12.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MTTTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gerippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenbreite anzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklamemillimeterzeile 60 Pfennig. Die Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichtentgeltung des Zeitungslesers, bei gedruckter Bezeichnung und bei Kontostrom oder Kredit wird ein Gefälligkeitsrabatt von 20 Prozent gewährt. Bei Anzeigen, die über den gewöhnlichen Tarif hinausgehen, wird ein besonderer Tarif vereinbart.

Andere wöchentliche Beilagen: Primat und Wand-Erhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Arbeiterzeitung / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Ein Abonnement für ein Jahr 21,84 Mark. Postamtliche Postnummer 11 111. Postfachnummer 2856 Karlsruhe. Geschäftsstelle: Postfach 11 111, Karlsruhe. Telefon: 2020/2021. Telefax: 2020/2021. Druck: Druckerei G. B. Baden, Taubhausstr. 12. Karlsruhe. Verleger: Dr. O. B. Baden, Taubhausstr. 12. Karlsruhe. Reprograph: 4.

Nummer 295

Karlsruhe, Montag, den 19. Dezember 1932

52. Jahrgang

Eduard Bernstein

WTB. Berlin, 18. Dez. Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein ist im fast vollendeten 88. Lebensjahre an Altersschwäche gestorben.

Bernstein gehörte der Sozialdemokratischen Partei seit dem Jahre 1872 an. Gebürtiger Berliner, war er in seiner Jugend eine Zeitlang Kantarbeiter, widmete sich aber bald ganz der politischen Tätigkeit. Er war lange Jahre in der Schweiz Redakteur des sozialdemokratischen Kampfbogens „Sozialdemokrat“, das der Bekämpfung des deutschen Sozialistengesetzes diente. Nach Ausweisung der Redaktion aus Zürich ging er nach London, wo er bis zum Jahre 1901 lebte, da ihm auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Erlaubnis zur Rückkehr in die Heimat nicht erteilt wurde. Er zählt zu den persönlichen Bekannten von Marx und Engels. Von 1902—1906, von 1912—1918 und von 1920—1928 war er Mitglied des Deutschen Reichstags. Seine Schriften zur Theorie des Sozialismus genossen internationalen Ruf.

Dr. Goerdeler vom Amt entbunden

WTB. Berlin, 17. Dez. Der Reichspräsident hat den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Goerdeler, auf seinen vor längerer Zeit gestellten Antrag vom Amt des Reichskommissars für Preisüberwachung entbunden. Mit der Führung dieser Geschäfte wird der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Dr. Seimke betraut.

Verchwörung in Buenos Aires

Scharfe Regierungsmassnahmen

WTB. Buenos Aires, 18. Dez. Die Regierung hat einen Aufbruch an das Volk erlassen, worin mitgeteilt wird, daß eine weitverbreitete Verchwörung angedacht worden sei, die den Zweck verfolgte, die Mitglieder der Regierung und hochstehende Persönlichkeiten zu ermorden, öffentliche Gebäude zu zerstören und die Bevölkerung zu heimsüchtigen. Die Regierung fordert die Bevölkerung zur Ruhe auf. Am Sitz des radikalen Komitees wurde eine Hausdurchsuchung abgehalten. Die Zeitung der Radikalen wurde verboten, die Verhaftung der radikalen Führer ist angeordnet. Die Regierung wird im Konkreten die Verhängung des Belagerungszustandes beantragen. Unter den Verhafteten befinden sich die früheren Präsidenten Triasosen und de Alvear, die ausgewiesen werden sollen. Der Konkrete wird zusammenzutreten, um über einen Antrag des Präsidenten, den Belagerungszustand zu verhängen, zu beschließen. Die Polizei hat bisher über 1000 Bomben aufgefunden und beschlagnahmt. Verhört wurden auch es zu Unruhen größeren Umfangs, als die Polizei begann, die Büros der radikalen Partei zu durchsuchen.

Die Verchwörung ist durch die zufällige Explosion einer Bombe am Tagessicht gekommen. Diese Explosion führte zu der Entdeckung, daß sich in einem Haus innerhalb der Bannmeile ein ganzes Bombenlager befand. Die Bewohner des Hauses hoben, dagegen aber, eine Liste mit 60 Namen mitzunehmen, wodurch es der Polizei ermöglicht wurde, sofort mit Verhaftungen gegen die Verchwörer einzuschreiten.

Tagesschau

Belgrad, 18. Dez. Eine Zusammenkunft der drei Außenminister der Kleinen Entente fand heute von 16.30 Uhr bis 19 Uhr unter dem Vorsitz des jugoslawischen Außenministers Nestić statt.

Dresden, 18. Dez. Die sächsische Regierung hat dem sächsischen Landtag am Sonnabend eine Vorlage über die Gewährung von Straffreiheit in Sachsen unterbreitet.

Stuttgart, 18. Dez. Die württembergische Regierung wird im Reichstag ebenfalls die die vom Reichstag beschlossene Amnestie im Hinblick auf die württembergischen Landtags, die sich am Dienstag für die kommunalistischen und nationalsozialistischen Anträge auf Zustimmung zu dem Amnestiegesetzentwurf einbringen dürfte.

London, 18. Dez. Wie Reuters aus Washington meldet, hat die Regierung der Vereinigten Staaten die Regierungen der Schuldnerstaaten verständigt, daß sie bereit ist, die Schuldenverhandlungen fortzusetzen, eine allgemeine Konferenz jedoch nicht wünscht.

Warschau, 18. Dez. In der amerikanischen Antwort wird das Ansuchen Polens um Stundung der im Dezember fälligen Schuldentilgung abgelehnt.

Dem Reichsbankausweis zufolge betrug die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen am 15. Dezember 26,9 Prozent gegen 26,7 Prozent am Ende der Vorwoche.

Memel, 18. Dez. In Anwesenheit zahlreicher Behördenvertreter fand die feierliche Eröffnung des neuen Memeler Hafens statt.

London, 18. Dez. Der Präsident der Abrüstungskommission, Henderson, erklärte bei seiner Ankunft in London, der Abrüstungspakt müsse für alle Nationen gleiches Recht bringen und ein System schaffen, das allen Nationen Sicherheit gibt.

Kabinett Paul-Boncour

Das neue französische Ministerium

Paris, 19. Dez. Der Präsident der Republik hat Sonntag abend die Ernennungsbefehle der Mitglieder des Kabinetts Paul-Boncour unterzeichnet.

Das Kabinett Paul-Boncour besteht aus 17 Ministern und 12 Unterstaatssekretären. Ihm gehören fünf Senatoren und 24 Abgeordnete an. Unter den Ministern und Unterstaatssekretären bekleiden 19 bereits im Kabinett Herriot Ämter. Zehn Minister und Unterstaatssekretäre sind neu eingetreten.

Die wichtigsten Ministerien sind wie folgt besetzt: Ministerpräsident und Auswärtiges: Paul-Boncour (Senator), Finanzen: Chéron (Senator) — Unabhängiger ehemaliges Mitglied der Fraktion Poincaré, Inneres: Chauvières (Abg., radikal), Krieg: Daladier (Abg., radikal), Luftfahrt: Painlevé (Abg., Sozialrepublikaner), Justiz: Garde (Senator, radikal), Nationale Erziehung: de Monzie (Abg., rechtsstehender Sozialist), Kolonien: Albert Sarraut (Senator, radikal), Arbeiten: Dalimier (Abg., radikal).

Paris, 18. Dez. Die radikale Parlamentsfraktion hat diejenigen ihrer Mitglieder, denen Paul-Boncour Ministerpostentwürfe angeboten hat, ermächtigt, in das neue Kabinett einzutreten.

Paris, 17. Dez. Die sozialistische Kammerfraktion hat mitgeteilt, daß sie bereit sei, Paul-Boncour Aufgaben zu erledigen und ihm gegenüber die Unterstützungspolitik unter den gleichen Umständen wie gegenüber dem vorausgegangenem Kabinett zu betätigen, wenn sie sich auch nicht an der Regierung beteiligen.

Paris, 18. Dez. Bei Bekanntgabe der offiziellen Ministerliste erklärte Paul-Boncour: Mein Ministerium ist die Fortsetzung

des Ministeriums Herriot. Die Politik, die das Kabinett betreiben wird, wird dies beweisen. Die Vertrauensfrage mit dem Finanzministerium beweist zur Genüge, daß die gegenwärtige Regierung entsprechend der Absicht des vorausgegangenen Kabinetts dem Lande die volle Wahrheit über die finanzielle Lage zu sagen und schnell die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen gedenkt.

Das Kabinett Paul-Boncour ist ein Minderheitskabinett, das auf das Wohlwollen der Sozialisten oder des rechten Flügels der Mittelparteien angewiesen ist. Die Achillesferse des Kabinetts Paul-Boncour scheint die Finanzfrage zu sein. Kein radikaler Politiker hat sich bereit erklärt, das Finanzministerium zu übernehmen. Es wurde Chéron übertragen, und dieser hat nicht einmal einen Subminister neben sich gebildet.

Was für Deutschland am Kabinett Paul-Boncour wichtig ist, ist die Tatsache, daß Paul-Boncour das Außenministerium verwaltet. Paul-Boncour ist für Deutschland kein Unbekannter. Denn er hat mit kurzer Unterbrechung in Gent die französische Sicherheitskommission vertreten. Paul-Boncour wird keine Haltung genau nach dem von ihm entworfenen Abrüstungsplan einrichten, wobei für ihn die Sicherheitsfrage im Vordergrund steht. Gut ist allerdings, daß zum Unterstaatssekretär des Außenministeriums der junge radikale Abgeordnete Pierre Cot ernannt wurde. Pierre Cot gehört zu jener jungen Generation, die aus dem Krieg gelernt hat, den Gedanken des engstirnigen Nationalismus den Krieg zu erklären. Wenn dazu Daladier als Kriegsminister den Gedanken folgen kann, die er als Abgeordneter wiederholt auch im Plenum der Kammer entwickelte, dann könnte man annehmen, daß Paul-Boncour ihm in der Abrüstungsfrage vielleicht Zugeständnisse macht.

Aufhebung von Sondergesetzen

Beratungen des Reichskabinetts

WTB. Berlin, 17. Dez. Die heutige Sitzung des Reichskabinetts dauerte über zwei Stunden. Im Vordergrund der Beratungen stand die Aufhebung der Notverordnungen gegen den Terror, über die Sondergerichte und die Presse. Diese Verordnungen werden nach der heutigen Entscheidung des Reichskabinetts zum größten Teil aufgehoben. Was noch an allgemeinen Bestimmungen in Kraft bleiben muß, wird in eine neue Verordnung eingebaut, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werden wird. Gleichzeitig wird man in diese neue Verordnung voraussichtlich auch gewisse Bestimmungen des Republikstufengesetzes übernehmen, das mit Ende dieses Jahres abläuft. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Schutzbestimmungen für den Reichspräsidenten. Die Strafbestimmungen gegen Ausschreitungen dieser Art sollen verbleiben, da die Würde und Ehre der Nation verlangen, daß das Reichsoberhaupt unter allen Umständen aus der Geschäftstätigkeit des Tageskampfes herausgehalten wird. Die weiteren Bestimmungen, die aus dem Republikstufengesetz übernommen werden, sind die um Schutze der Wehrmacht, der Staatsform und der Reichsfarben. Schließlich hat sich das Reichskabinett auch noch mit der Winterhilfe beschäftigt.

Die Beratungen hierüber sind nach Auskunft unterrichteter Stellen ziemlich weit gediehen. Das Kabinett wird alle Anstrengungen machen, um die Winterhilfe so schnell wie möglich zu verwirklichen.

In der Presse ist im Zusammenhang mit den heutigen Kabinettsbesprechungen über die Aufhebung und Umänderung der politischen Notverordnungen davon die Rede, daß mit dem Ablauf des Republikstufengesetzes auch der sog. Kaiserparagraf 146, der in die neue Notverordnung nicht wieder aufgenommen werden soll. Von aufständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß diese Darstellung völlig abwegig ist, da dieser Kaiserparagraf, wonach dem früheren Kaiser die Rückkehr nach Deutschland verboten war, überhaupt nicht mehr besteht. Bei der Verlängerung des Republikstufengesetzes im März 1930 ist dieser Paragraf bereits gestrichen worden, da im Reichstag nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit vorhanden war. Anstatt dieser Tatsache geben alle Erörterungen, die auch in der ausländischen Presse über die Rückkehr des früheren Kaisers an die angeblich beabsichtigte Streichung des Paragrafen geknüpft worden sind, völlig fehl.

Kriegsverratsprozess Jäger

Zehn Jahre Zuchthaus

WTB. Leipzig, 17. Dez. Samstag wurde vom Vierzehnten Strafgericht des Reichsgerichts das Urteil in dem von zahlreichen Kriegsteilnehmern mit großer Spannung verfolgten Prozess gegen den Kraftfahrer August Jäger aus Erfurt verkündet. Dem Angeklagten war, wie bekannt, zur Last gelangt worden, in der Nacht zum 14. April 1915 in Vansemaed in der Absicht zu den Generalen überzulaufen zu sein, den in diesem Frontabschnitt geplanten ersten deutschen Gasangriff zu verraten. Jäger wurde wegen Verbrechen gegen § 58 Ziff. 8 des Militärstrafgesetzbuches (Kriegsverrat) zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von 11½ Monaten Unterdrückungshaft verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte.

Bei der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende, der Artikel des französischen Generalis Fero habe natürlich nicht als projektiles Beweismittel im Sinne einer Zeugnisaussage verwendet werden können. Doch würden die darin enthaltenen Angaben im wesentlichen durch die Aussagen der im jetzigen Hauptverfahren vernommenen Zeugen bestätigt. Die ehemaligen Kameraden des Angeklagten seien durchweg der Meinung, er habe sich in der Nacht vom 13. zum 14. April nicht in das Hintergelände begeben, sondern sei zum Feind überzulaufen, was er übrigens selbst viele Jahre später einem alten Bekannten aus Vena ausgeben habe. Nur wolle er keinen Verrat des Gasangriffs begangen haben. Doch auch das erachte der Senat für widerlegt.

Der S.W.D. schreibt dazu: Die Gerichtsverhandlung konnte die bereits 17 Jahre zurückliegenden Vorgänge nicht restlos klären. Umso mehr schätzte dieser Prozess und sein Urteil jedem gefunden Volksempfinden ins Gesicht. Das nach beinahe zwei Jahrzehnten eingeleitete Verfahren scheint nicht der Strafe wegen, sondern

aus Gründen der Abschreckung für die Zukunft durchgeführt worden sein. Jäger büßt somit für die gegenwärtige nationalistische Begeisterung und Hochstimmung, gegen die wir nicht scharf genug protestieren können. Wenn aber Verrat und Ueberlauf unbedingt heute, nach fast 20 Jahren, noch gerächt werden sollen, dann ist die Frage am Platze, wann das Reichsgericht das Verfahren gegen den Extronprinzen und andere Herren eröffnet?

Das Berliner Tageblatt erklärt dazu: Es steht fest, daß der deutsche Kriegführung durch die Tat Jägers kein Schaden zugefügt wurde; die Franzosen haben die Gräben, gegen die sich der deutsche Gasangriff richtete, nicht gedeemt, obwohl bekannt ist, daß die Anstalt vor dem ersten Gasangriff außerordentlich groß war. Damit ist bewiesen, daß Jäger entweder den Verrat nicht begangen haben kann, oder daß man bei den Franzosen seinen Mitteilungen keine Bedeutung zumak. Nebenfalls: Ein Schaden entstand nicht. Und zweitens sind 17 Jahre seit der Tat vergangen. Das berücksichtigte das Reichsgericht als Strafmildernd. Es hätte als Strafmittel berücksichtigt werden müssen, denn wenn auch die Kriegssammelien hier eine Lücke aufweisen — ein Sinn der Bestrafung ist heute, 17 Jahre nach einer Tat, die keine nachteiligen Folgen hatte, nicht mehr vorhanden.

WTB. Berlin, 18. Dez. Aus einem Demonstrationsszug von Kommunisten, der gegen 18 Uhr die Gollnow-Strasse im Nordosten Berlins durchzog, wurde ein Schwarm in die Landwehrstrasse abgegeben. Die 44jährige Martha Schauer aus der Landwehrstrasse wurde durch ihn am rechten Unterschenkel verletzt.

Hamburg, 17. Dez. Der Kommunist Albert Müdert, der bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten durch mehrere Schüsse schwer verletzt worden war, ist gestorben. Bei Müdert wurden ein Revolver, leere Patronenhülsen und vierzehn Patronen gefunden.

Sozialdemokratie baut Papen ab

Bedeutung des Reichstags

Von S. Aufhäuser, M. d. R.

Das monatelange Ringen der Sozialdemokratie gegen die „feinen Herren“ ist nicht ohne Erfolg geblieben. Der Kanzler von Papen ist durch den Sturm des Volkes veranlaßt worden, „aus eigenem Antrieb“ zurückzutreten. Sein Nachfolger hat eingesehen, daß es unzumutbar ist, neun Zehntel der Bevölkerung von Anfang an zum Feind zu haben. Eine Fühlung mit dem Volke aber mußte automatisch auch zur Wiederaktivierung des Reichsparlamentes führen. Der neugewählte Reichstag hat zwar eine antiparlamentarische Mehrheit und die unklare Haltung der Nationalsozialisten hat auch dazu geführt, daß der Reichstag sich nur allzu schnell wieder vertagt hat. Aber schon wenige Tage der Plenar- und Ausschüßsitzungen zeigten bereits deutlich, welche starke politische Wirkung erreicht wird, wenn das Parlament überhaupt wieder arbeitsfähig gemacht werden kann. Die jetzt vorliegenden Beschlüsse bestätigen auch, daß der Abbau der unter Papen verübten sozialreaktionären Maßnahmen am sichersten durch den Reichstag geleistet werden kann.

Das Reichsparlament hat weiter erneut bewiesen, daß die agitatorische Demagogie der Nationalsozialisten in der Parlamentsarbeit dem Zwang zu verantwortlichem Handeln weichen muß.

Die kurze Tagung des Plenums hat eine umfassende Arbeit für die Fälle politischer Vergehen gebracht. In der Ausgestaltung dieses Amnestiegesetzes wurde der sozialdemokratische Antrag maßgebend, und die Nationalsozialisten mußten auf manche lieb gewordene Begnadigungsmethode für unpolitische Rohheiten verzichten.

Das weiter verabschiedete Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten liegt gleichfalls in der Richtung eines Kurswechsels gegenüber der Papen-Reaktion. Die Wünsche der deutschnationalen Monarchisten, in Würde den Weg für den Kronprinzen zum Amt des Reichsverweyers ebnen zu können, sind durch dieses Gesetz jäh zertrümmert worden.

Den unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse aber diente der Beschluß des Reichstags, den sozialpolitischen Teil der Notverordnung vom 4. September 1932 aufzuheben. Die SPD. hatte gegen diese unbeschränkte Ermächtigung, die gleich damals die Regierung Papen zur Verschlagung der gesamten Sozialversicherung und der Arbeiterjugendgesetzgebung erteilt hatte, einen Antrag auf das Volksbegehren gestellt. Der scharfe Kampf um Volksbegehren und Volksentscheid hat schließlich die Mehrheit des Reichstags gezwungen, auf dem Weg der parlamentarischen Entscheidung dieses Stück Sozialreaktion wieder zu beseitigen, um damit das sozialdemokratische Volksbegehren überflüssig zu machen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verfuhr weiter, im Plenum die Aufhebung der gesamten Papenschen Notverordnungen durchzusetzen. Als die Mehrheit diese Entscheidungen im Plenum verhinderte, setzte die SPD. ihre Bemühungen in den folgenden Sitzungen des Sozialpolitischen und des Haushaltsausschusses fort. Sie forderte vor allem die gänzliche Aufhebung der lohnpolitischen Verordnung vom 5. September 1932. Das Ergebnis dieser Ausschüßberatungen war eine Erklärung der Reichsregierung zur sofortigen Aufhebung dieser Verordnung. Es galt nunmehr, auf die Gestaltung der bei der Aufhebung notwendig werdenden Übergangsbestimmungen Einfluß zu nehmen. Die von der Regierung vorgeesehenen Monate dauernden Auslaufkrisen konnten auf wenige Wochen verkürzt werden. Die Papensche Notverordnung des Tarifbruchs hört nunmehr generell mit dem 31. Dezember d. J. auf. Die äußerste Frist für Ausnahmefälle ist auf den 31. Januar 1933 bestimmt worden. Die Beratungen des Sozialpolitischen und Haushaltsausschusses zeigen auch hier die sozialdemokratische Initiative beim Abbau der Papenschen „Herren“-Politik. Das Fundament des Kollektivismus, der Tarifvertrag, ist wieder hergestellt worden. Die durch die Verordnung gekürzten Löhne werden wiederum durch die vereinbarten Tarifföhne ersetzt.

Plenum und Ausschüsse haben sich weiterhin mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Schaffung einer Winterhilfe für alle Unterstützungsempfänger und Sozialbedürftigen eingehend befaßt. Die konkretierten Vorschläge auf unentgeltliche Belieferung des Naturalien, wie Brot, Fleisch, Kohle, und mit Kleidungsstücken sind nach eingehenden Beratungen mit großer Mehrheit angenommen worden. Die Reichsregierung stand im Ausschüß den positiven Vorschlägen der Sozialdemokratie mit allgemeinen Erklärungen über Finanznot entgegen, ohne selbst einen Weg zur durchgreifenden Hilfe in diesem Winter aufzuzeigen. Sie wird sich der Willensäußerung des Haushaltsausschusses nicht widersetzen können, ohne daß eine bald folgende Plenarsitzung des Reichstags ihr die erforderliche Anturteilung bringen könnte!

Die weitere sozialdemokratische Entschliebung, die von beiden Ausschüssen angenommen worden ist, füllt die Lücken aus, die in der Papenschen Verordnung vom 19. Oktober zu der damals erlassenen Winterhilfe enthalten waren. Herr von Papen hatte bei den damals verfügbaren sogenannten Sozialzulagen die Alleinlebenden, die Wohlfahrts-erwerbslosen und die Empfänger kommunaler Zusatzunterstützungen ausgeschlossen. Durch den jetzt beschlossenen Antrag der Sozialdemokratie müssen die drei erwähnten Gruppen nachträglich in die Verordnung vom 19. Oktober einbezogen werden.

Auch das Meistertum des Herrn von Papen, die Notverordnung vom 14. Juni, hat mit der Annahme eines sozialdemokratischen Antrags auf Aufhebung, wie er am 13. Dezember mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gefaßt worden ist, ein vernichtendes Urteil erfahren.

So haben die wenigen Tage Reichstag den ersten Anlauf zur Zerschlagung der Papen-Gesetze gebracht, und es mußte die kommende Aufgabe des Reichstags im Januar sein, den Wiederaufbau der Sozialpolitik und die Arbeitsbeschaffung mit allen Kräften zu betreiben.

Nach ist die Reaktion nicht gebrochen, und wir müssen mit einem langen Ringen rechnen. Aber auch dieser Kampf hat seine Etappen. Dabei ist die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Reichstags von entscheidender Bedeutung. Die Nationalsozialisten werden Farbe bekennen müssen. Sie haben sich auf den Boden der Demokratie begeben, und sie werden dort geschlagen werden. Dennoch ist es fraglich, ob sie es wagen dürfen, ihre Taktik im Januar zurück zu revidieren,

denn auch das Zentrum kämpft jetzt um die Wiederherstellung parlamentarischer Grundlagen, die ihm vor allem in Preußen nützlich sein werden. Da Herr Hitler keine revolutionären Situationen so ziemlich verpaßt hat, wird er wohl oder übel einsinken müssen. Sollte er in den kommenden Wochen Aufnahme in eine Reichsregierung finden, dann wäre es nichts anderes als die Beteiligung an einer Rechtsregierung, mit der sich die Sozialdemokratie auseinandersetzen wird. Ob mit oder ohne Schleicher dürfte es dann für die Nationalsozialisten mit der sogenannten ausschließlichen Macht im Staate kaum etwas werden. Die Zeit des Aufstiegs des Faschismus ist vorbei. Das kommende Jahr ist für die Sozialdemokratie und damit für die wertvollen Massen Kampf um die dauernde Arbeitsfähigkeit des Parlaments, um den weiteren Abbau der Papenschen „Erregungsmittel“, für die Rechte der Arbeiterklasse, für Demokratie und Sozialismus.

Warum Namensänderung

Nach der Ehrenrangliste der Nazi

Dem SPD. wird aus Wien gemeldet: Der Landespressescheß der Hitlererei in Österreich, ein Zudenötter ersten Ranges, nennt sich Raimund Seins. Er hieß nicht immer so. Noch vor wenigen Mo-

naten nannte er sich Pa. Raimund. Aber auch dies war nicht sein ursprünglicher Name, denn eigentlich heißt der Edelarier und Zudenötter Raimund Kuffitska und ist ein gebürtiger Tscheche.

Warum der Namenswechsel? Als Kuffitska hat er bei einem Wiener jüdischen Kaufmann mehrere Tausend Schilling unterschlagen und hat danach kniefällig und mit aufgehobenen Händen gebeten, ihn nicht anzuseigen, er werde alles bezahlen. Da er nicht bezahlen wollte, wurde aus Kuffitska der Pa. Raimund und als dies Pseudonym dem Betrogenen bekannt wurde, nannte sich der wadere Tscheche und Beträudant Raimund Seins. Als solcher ist er hochgeehrter Landespressescheß der Nazis in Wien und verpöcht täglich je ein Dutzend Juden zum Frühstück und Abendessen. Warum? Weil sie erstens so schurkenhaft waren, sich von ihm betrügen zu lassen und zweitens obendrein noch ihr Geld zurück haben wollten!

Der Mann muß in die Ehrenrangliste der nationalsozialistischen Führer mit Auszeichnung aufgenommen werden!

Die belgische Regierung

Brüssel, 18. Dez. Das neue belgische Kabinett besteht im wesentlichen aus denselben Persönlichkeiten, wie das erste Ministerium de Broqueville. Das Bündnis Katholiken-Liberalen ist aus neue befristet, um so mehr, als je mehr die Parteien über die wichtige innerpolitische Streitfrage der katholischen Unterführungen für katholische Schulen einigen konnten.

Mietzahlungsstreiks?

Der Reichsmieterbund gegen bedenkliche parteipolitische Kampfpapen

Der Reichsbund Deutscher Mieter beschäftigt sich in der „Allgemeinen Deutschen Mieterzeitung“ mit den Mietzahlungsstreiks, die er ablehnt und als „Kampfmittel der unorganisierten Mieter“ bezeichnet.

Mietzahlungsstreiks haben wir in letzter Zeit in Berlin, Hamburg, München, Breslau und Wittenberg erlebt. Gewöhnlich handelt es sich darum, überhöhte Mieten zu senken, aufgelaufene Mietrückstände zu streichen und notwendige Instandsetzungsarbeiten zu erzwingen. Es ist nun keine Kunst, eine verordnete Mieterkraft durch solche Forderungen zu einem spontanen Beschluß zu verleiten, die Miete nicht zu zahlen. Der Reichsbund Deutscher Mieter hat aber schon recht, wenn er bemerkt, „daß es schon schwerer ist, die Durchführung solcher Beschlüsse gegen den Erlass eines Zahlungsbefehls oder gegen die Drohung mit der Räumungslage zu erreichen, und daß es unmöglich ist, die Mieter vor den nachteiligen Folgen der Zahlungsverweigerung (Zahlung der Gerichtskosten, Ermittlung usw.) zu schützen.“

Wir haben“, so schreibt die „Allgemeine Deutsche Mieterzeitung“, „gemäß dem Willen der Mieter und pflichtergeratenen Hausbesitzern, wenn sich die Ermüdung der Mieterkraft in Mietzahlungsstreiks entläßt. Umso mehr Mitleid haben wir aber mit den armen Dutzern solcher Streiks, die in den meisten Fällen aus Erbitterung dem Streikbeschlüß zugestimmt haben, ohne die ihnen drohenden Gefahren zu bedenken. Witte Mietzahlungsstreiks mit unorganisierten Mietern sind das ungeeignete Mittel, die Gesamtlage der Mieterkraft zu verbessern. Hunderttausende von Mietern können die heutigen, nicht nur nach ihrer eigenen Wirtschaftslage, sondern auch nach den Bedürfnissen der Hauswirtschaft erheblich überhöhten Mieten nicht mehr aufbringen; auch dann nicht mehr, wenn sie ihren üblichen Lebensbedarf auf das Notwendigste beschränken. Bei diesen Verhältnissen der Armen bedarf es keiner Zahlungsstreikparole; sie sind zahlungsunfähig. Mit der Parole der Miet-

zahlung der Miete bringt man gerade diese hilfsbedürftigsten Mieter in die große Gefahr, daß sie als zahlungsunfähig (kann zahlungsunfähig) angesehen werden und damit im Falle der Räumungslage den Anspruch auf Erbsparung verlieren — ganz abgesehen von der Aufbringung der Gerichtskosten, auch im Falle des Vergleichs mit dem Vermieter. Die notwendigen Instandsetzungsarbeiten lassen sich auf dem Wege über das Wohnungsammt oder das ordentliche Gericht (hier unter Inanspruchnahme des Armenrechts) mit Hilfe der Mieterorganisationen erzwingen. Manches Gutes wäre bereits instand, wenn sich die Mieter beiseite darum gekümmert und sich organisiert hätten, statt die Dinge laufen zu lassen.

Schlimme Fälle lassen sich auf dem Wege über das Stadtparlament oder die Tagespresse bereinigen. Außerdem gibt es im Mietrecht Bestimmungen über die Zurückbehaltung der Miete, über die Minderung des Mietzinses (bei schlechtem Zustand der Mietsache) und über die Aufrechnung. Die richtige und seitliche Anwendung dieser zum Teil recht wirksamen Maßnahmen machen einen sogenannten „Mietstreik“ völlig entbehrlich. Die falsche Mietstreikparole verdirbt vielleicht sogar den Mietern die wirksame Geltendmachung ihrer Ansprüche auf Zurückbehaltung oder Minderung des Mietzinses. Aufgedruckte Zeitungsnachrichten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Mietstreikparole allenthalben früher oder später als wirkungslos erweist. Wo Erlöse erzielt werden, hätten sie ohne diese Mittel bereits früher erzielt werden können, wenn die richtigen Wege eingeschlagen worden wären. Oder es ist einmal im Wege der Einschüchterung des Vermieters mehr erreicht worden, als es vielleicht sonst der Fall gewesen wäre.“

Der Reichsbund schiebt seine Darstellung mit dem Hinweis, daß die Mieterorganisationen parteipolitische Kampfpapen ablehnen müssen, was auch die „Ablehnung des Mietstreiks“ bedeutet.

Freistaat Baden

Reichsbahnanlage-Konflikt Baden - Reich

Wien, 17. Dez. Unter dem Vorsitz von Senatspräsident Clasen verhandelte der 3. Zivilsenat des Reichsgerichts heute in der verfassungsrechtlichen Streitfrage zwischen dem Land Baden und dem Reich um die Genehmigung von Reichsbahnanlagen. Nach dem Sachverhalt des Gerichtsberichts und der Darstellung des zwischen den Parteien geführten Schriftwechsels wurde Präsident Dr. Paul das Wort zu seinen ergänzenden Ausführungen erteilt. Das Reich habe sich die Ermächtigung von den in der Reichsbahnverwaltung vertretenen ausländischen Mächten gemahnen lassen, ohne mit den Ländern Rücksprache zu nehmen. Letzten Endes handele es sich um § 87 überbauet nicht um eine geographische Regelung des Eisenbahnwesens, sondern um wasserrechtliche und baupolizeiliche Fragen. Es komme auf den sachlichen Zusammenhang an, wobei die Frage, wer im einzelnen Fall der Eigentümer des von der Reichsbahn in Anspruch genommenen Grundstücks sei, keine entscheidende Rolle spiele. Das Land Baden verneine nicht, daß es in seinem Privatrecht als Eigentümer von Land- und Wassergrundstücken durch das dem Reich zustehende Enteignungsrecht beschränkt werden könne. Damit seien aber öffentlich-rechtliche Fragen der Genehmigungspflicht nicht gelöst. Vielmehr sei inwieweit das Reich nach wie vor gesonnen, sich die Bauten im badischen Staatsgebiet genehmigen zu lassen.

Für das Reich nahm Oberregierungsrat Riese vom Reichsverkehrsministerium das Wort. Der im Mittelpunkt des Streites stehende § 37 des Reichsbahngesetzes, so führte er aus, bedeute, daß das dem Reich zustehende Baueigentumsrecht alle öffentlichen und privaten Interessen umfasse. Da die endgültige Entscheidung über die Durchführung von Eisenbahnbauten in der Regel dem Reichsverkehrsministerium vorbehalten sei, könne von einer Genehmigungspflicht für das Reich keine Rede sein. Hier liege ein Schlußfall des Artikels 13 der Reichsverfassung vor, wonach das Reichsrecht Landesrecht bricht. Das Baueigentumsrecht und Enteignungsrecht seien unauflösliche Kernstücke des durch die Reichsverfassung neu eingeführten Reichsbahnrechts. Ohne sie könnte die von der Reichsverfassung durch die Überführung der Bahnen auf das Reich bewirkte einheitliche wirtschaftliche technische und rechtliche Verwaltung der Bahnen nicht verwirklicht werden. Die Genehmigung der Länder sei daher unvereinbar mit der dem Reich überwiegenen Verkehrsbeherrschung.

Nach Beendigung der Verhandlungen gab Senatspräsident Dr. Clasen bekannt, daß gemäß den einschlägigen Verfahrensvorschriften die Entscheidung des Senats in Form eines Beschlusses ergähe und den Beteiligten in einigen Tagen ausgestellt werden wird.

Warrer Senn

W. Freiburg i. Br., 17. Dez. Die am 15. Juli d. J. über Warrer Wilhelm Senn verhängte Strafe des Suspendions wird, wie das Ansehen für die Erbsätze mittelst, mit sofortiger Wirkung aufgehoben, nachdem derselbe sein Verhalten über die Verletzung des kanonischen Gebots ausserordentlich und erklärt hat, daß er künftig den kirchlichen Gebotsam kräftig beobachten werde. Warrer Senn hat weiter versichert, daß er selbstverständlich alle dem Christentum und der katholischen Kirche feindlichen Anschauungen und Bestrebungen im Nationalsozialismus verurteile.

Neuer evangelischer Oberkirchenrat

D.3. Karlsruhe, 17. Dez. Die Kirchenregierung wählte als Nachfolger für den aus Altersrücksichten ausgeschiedenen Oberkirchenrat D. Rapp Landeskirchenrat Warrer S. Warrer aus Mannheim. Seit 1914 gehörte er den Generalsynoden bzw. Landesversammlungen an. Er wurde 1924 zum Fraktionsführer der kirchlich-politischen Gruppe in der Landesynode gewählt und übernahm 1930 das Amt des 1. Vorsitzenden. Seit 1924 gehörte Warrer S. Warrer als Landeskirchenrat der Kirchenregierung an.

Beamtenhub im Unterrichtsministerium

Jetzt wird das Kennen gemacht

Zu Oberregierungsräten im Ministerium des Kultus und Unterrichts wurden ernannt der Direktor an der Oberschule mit Mädchenrealgymnasium in Heidelberg, Dr. Kurt Sadi und der Direktor an der Realschule in Neustadt, Dr. August Gantner. Oberregierungsrat Dr. Sadi ist geboren 1885, wurde 1908 Lehramtspraktikant, 1912 Professor an der Pflanzschule in Mannheim, 1920 an der Oberschule in Heidelberg, deren Direktor er seit dem 2. August 1925 war. Oberregierungsrat Dr. Gantner ist geboren 1881, wurde 1905 Lehramtspraktikant, 1908 Professor an der Realschule in Singen, 1912 an der Oberschule in Offenburg und war seit 1919 Direktor an der Realschule in Neustadt. Ueber den neuen Ministerialdirektor im Unterrichtsministerium, Dr. Hans Cammer, wird gemeldet: Der neue Ministerialdirektor ist 1874 geboren, wurde 1896 Lehramtspraktikant, 1902 Professor an der Realschule mit Realprogymnasium, 1903 Professor am Realgymnasium in Karlsruhe, 1911 Direktor der Realschule in Altona, 1919 Direktor der Realschule in Karlsruhe, 1922 Direktor der Kant-Oberschule in Karlsruhe. Seit 5. Oktober 1931 war Dr. Cammer als Oberregierungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts tätig. Seine Ernennung zum Ministerialdirektor erfolgte am 15. November 1932. Politisch gehört er, wie die „N. Bad. Landeszeitung“ schreibt, der Deutschen Volkspartei an.

Neuorganisation des Heimatwerks Baden

D.3. Karlsruhe, 16. Dez. Am 14. Dezember fand in Karlsruhe eine Mitgliederversammlung des Heimatwerks Baden e. V. statt. Das Heimatwerk Baden hat den Zweck, den freiwilligen Arbeitsdienst innerhalb des Landes Baden zu fördern. Bis jetzt sind folgende Verbände und Körperschaften im Heimatwerk zusammengefaßt: Badischer Landesauschüß für Leibesübungen und Jugenderziehung, Evangelischer Landesauschüß für Körperkultur und jugendliche Arbeitswert, Zentralkommission für Körperkultur und jugendliche Arbeitswert, Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz, Christliche Arbeiterhilfe, Deutscher partiarischer Wohlfahrtsverband, Landesgruppe Baden, Wanderversand Baden, Reichsbanner, Technische Kolonien, Stahlhelm. Die in den letzten Monaten bedeutend umfangreicher gewordene Tätigkeit des Heimatwerks möchte einen arbeitsreichen Umbau der bisherigen Satzung notwendig machen. Der Mitgliederversammlung oblag somit die Aufgabe, zu dem vorgelegten neuen Satzungsentwurf Stellung zu

nehmen. Er wurde ohne wesentliche Änderungen einstimmig angenommen. Bei der anschließenden Vorstandswahl wurde Präsident Kälin vom Landesarbeitsamt Stuttgart zum Vorsitzenden gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden folgende Herren bestimmt: Verbandsgeschäftsführer Merkel-Karlsruhe, Landesjugendpfarrer Wolfinger-Karlsruhe, Caritasdirektor Edert-Freiburg, Regierungsrat Stenz-Karlsruhe. Die Geschäftsstelle des Heimatwerks befindet sich: Karlsruhe, Herrenstr. 45a. In der Mitgliederversammlung waren außer den Vertretern der angeschlossenen Verbände zugegen: Oberregierungsrat Burkhardt und Regierungsrat Stahlecker-Stuttgart als Vertreter des Bezirkskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst in Süddeutschland und Oberregierungsrat Emelie-Karlsruhe als Vertreter des Badischen Ministeriums des Innern.

Der Schaden der Kontingentspolitik

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft des Württembergischen Landtags beschloß auf Antrag der Abg. Weimer-Hermann-Speyer (Soz.) einstimmig, das Staatsministerium zu eruchen, dem Landtag an Hand des dem Wirtschaftsministerium zugegangenen Aufschlagsmaterials, einen Bericht über die Schädigung der württembergischen Wirtschaft zu erstatten, die durch die Kontingentspolitik der Reichsregierung, wie sie der Reichsernährungsminister in seiner Münchener Rundfunkrede vom 28. September 1932 angekündigt hat, in der Zeit von Ende September bis Anfang November 1932 entstanden sind.

Kampf der Not

Anträge der Sozialdemokratie an den Landtag

Das Zentrum hat sein Konfordat einseitig. Herr Dr. Mattes seine heiß ersehnte Fleischsteuerordnung. Zum Konfordat war der Landtag noch nötig, für die Fleischsteuer brauchte man ihn nicht mehr. Er hat mit der Konfordsatzbewilligung seine Schuldigkeit getan! Zwar steht in der Verfassung, daß die Regierung und der Staatspräsident „alljährlich“ zu wählen seien; dies ist aber im Jahre 1932 weder eine Regierung noch ein Staatspräsident gewählt worden. Was tut's auch! Der Staatspräsident wird ja doch alljährlich erblicher Besitz der Zentrumspartei, also ist es doch egal, ob er im November-Dezember 1932 oder im Januar-Februar 1933 gewählt wird. Und Verfassungsbestimmungen nicht zu beachten, ist heutige Tages modern. Es wäre ja noch allerhand im Landtag vor Weihnachten, vor der Jahreswende, zu erledigen gewesen! Auch im Münsterlande geht die Not um, mehr noch wie in vielen anderen Teilen des Reiches, auch in Baden herrscht eine Arbeitslosigkeit, arößer wie in manchen Industriegebieten, auch in Baden warten Tausende auf Arbeit, wächst den Städten und Gemeinden des Landes die Schuldenlast über den Kopf. Sungen, Not, Elend, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung überall! Der Landtag aber macht Weihnachtsferien! Er arbeitet mit Hochdruck, um der Kirche das Konfordsatz-Weihnachtsgeschenk zu machen. Der Finanzminister gab dem Volke das Geschenk einer Fleischsteuererhöhung. Mit bewusster Absicht wurde das Parlament ausgeschaltet, um nicht eine Ablehnung des Fleischsteuergesetzes zu riskieren, um einer unliebsamen Steuerdebatte aus dem Wege zu gehen. Man muß schon sagen: der neue Kurs läßt sich wirklich gut an; so reaktionär wie nur möglich! Das Vorbild Papen ist zwar verschwunden, aber an seinen Regierungsmethoden hat man offenbar noch einen Gefallen gefunden, daß man sie mit Wohlbehagen kopiert und anwendet.

Die bürgerlichen Parteien brauchen sich keine Weihnachts- und Winterferien zu machen. Diesen Herrschaften geht es immer noch gut. Die Nationalsozialisten haben alle Hände voll zu tun, um im eigenen Hause Ordnung zu schaffen. Da haben sie keine Zeit, um sich um die Sungenenden und darbedenden, draußen lebenden Volksmassen zu kümmern. Die Kommunisten haben eine Anzahl unerleale und sinnlose Anträge fabriziert und eingereicht. Damit hat es sich, Mehr ist auch ihre Aufgabe nicht.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat in eingehender Aussprache und Beratung sich mit den Hilfsmitteln befaßt, die im Rahmen des Möglichen im Augenblick durchführbar sind. Sie hat unter Hinzuziehung der Gewerkschaften und des Zentralverbandes der Arbeitslosen sich mit der Notlage der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung befaßt und unter Zuzugabe der Wünsche und Forderungen der Gewerkschaften eine Anzahl Anträge formuliert, die sie heute dem Landtag unterbreiten wird. Der Ortsausschuß Karlsruhe des ADGB hat bereits unterm 31. Oktober eine Eingabe an das Staatsministerium gemacht, in der er ersucht, möglichst bald Notstandsarbeiten zur Bekämpfung Arbeitsloser bereit zu stellen. Der Gesamtverband hatte im November einen Antrag eingereicht, der sich mit den Verhältnissen des Pflegepersonals in den Heil- und Pflegeanstalten befaßt und der Zentralverband der Arbeitslosen hatte eindringlich auf die Inzulänglichkeiten der Fürsorgeeinrichtungen hingewiesen. Die Landtagsfraktion hatte also hinreichend Unterlagen und Material für ihre Beratung und Beschlußfassung. Sie unterbreitet nun dem Landtag zunächst folgende Anträge:

Aufhebung des Fleischsteuergesetzes

Antrag

Auf Aufhebung des Fleischsteuergesetzes vom 9. Dezember 1932. Der Landtag wolle beschließen, die 4. Haushaltsverordnung vom 9. Dezember 1932, Gesetz und Verordnungsblatt Seite 305 Sicherung des Staatshaushalts (Fleischsteuergesetz) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Erhöhung der Fürsorgezuschüsse

Antrag

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, anzunehmen, die Fürsorgezuschüsse vom 1. März 1932, soweit diese inzwischen gesenkt wurden, wieder zu erhöhen.

Gegen die Kürzung der Arbeitslosen-, Renten- und Fürsorge-Bezüge

Antrag

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. bei der Reichsregierung und im Reichsrat darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen der Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 (Teil V, Kap. IV, Abschnitt 1, § 1 bis 10) und vom 14. Juni 1932, soweit damit eine Kürzung der Arbeitslosen-, Renten- und Fürsorgebezüge erfolgt ist, aufgehoben werden, 2. dafür einzutreten, daß in Zukunft

a) jede weitere Herabsetzung der Arbeitslosen-, Renten- und Fürsorgebezüge unterbleibt; b) die gemeindlichen Wohlfahrtsvereine in die Krisenunterstützung überführt werden.

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe

Antrag

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe betrug im Oktober 1932 im Reichsministerium für Reichsanbau 92,8 Prozent. Zu deren Bekämpfung beschließt der Landtag, die badische Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß

1. in der 3. Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 537) a) im 3. Teil, Kapitel III den § 1, b) im 4. Teil, Kapitel II in § 4 die Worte: „und zur Erleichterung der notwendigen Bauarbeiten“ wegzufallen wird, 2. dem § 19 Abs. III, S. 19, Februar 1932 folgender Zusatz angefügt wird: „Unterhaltungsarbeiten an Kanals- und

gemeindeeigenen Bauarbeiten dürfen nicht in Kürsorgepflichtarbeit ausgeführt werden“.

3. für Arbeiter unter 2) auch der Freiwillige Arbeitsdienst herangezogen wird.

Der Bau der Rheinbrücken

Förmliche Anfrage

Regierung

Der Bage, darüber Auskunft zu geben, weshalb mit dem Bau der Rheinbrücken bei Mainz und Speyer noch nicht begonnen ist.

2. bereit, Schritte mit dem Ziele zu unternehmen, daß mit dem Bau der Rheinbrücken bei Mainz und Speyer in kürzester Frist begonnen wird?

Ein Arbeitsprogramm

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

1. die Regierung zu ersuchen:
 - a) alsbald ein umfassendes Arbeitsprogramm aufzustellen, nach welchem beispielsweise folgende Bauten ausgeführt werden: Kleinbauten in Heidelberg und Freiburg i. B., Rheinbrückenbau bei Mainz, Verbesserung des Strohannezes, Flußkorrektur, Meliorationen, darunter das Landarabenggebiet (zwischen Durlach und Heidelberg) u. a. m.
 - b) bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß der in der Reichsnotverordnung vom 4. September 1932 vorgesehene Betrag von 700 Millionen Reichsmark alsbald für öffentliche Arbeiten zur Verfügung gestellt wird,
 - c) die Gemeinden von dem hierauf auf Baden entfallenden Teil entsprechend zu befristigen,
 - d) bei der Reichsregierung und Post geeignete Schritte zu unternehmen, damit diese Bernaltungen alsbald die erforderlichen öffentlichen Arbeiten in beschleunigter Weise vorantreiben,
2. den nach dem Haushaltsantrag des Ministeriums des Innern für 1932/33 unter Kapitel 13 Titel 1, unter Ausgaben vorgesehenen Betrag von 200 000 Reichsmark zu erhöhen. Diese Vorgehensweise ist dem Kapitel 17, Titel 65 (Hagelversicherung) zu entnehmen.

Der Personalabbau in den Heil- und Pflegeanstalten

Antrag

Aufhebung des Personalabbaues in den Landes-, Heil- und Pflegeanstalten

In der 68. Sitzung des Landtags vom 25. September 1931 hat der Landtag anfänglich des mündlichen Berichts des Haushaltsausschusses und Beratung über das Spargutachten zum Ministerium des Innern, Abschnitt Heil- und Pflegeanstalten, folgenden Antrag des Haushaltsausschusses angenommen:

„Es ist eine Nachprüfung der Wirtschaftsbetriebe und der Beschäftigung des Personalabbaus einzutreten unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Verhältnisse. Grundlegend ist der Unterschied zwischen dem Charakter der badischen „Heil- und Pflegeanstalten und dem Charakter der württembergischen „Bewahrungs- und Unterbringungsanstalten“. Eine so starke Durchdringung des Personalabbaus ist zu unterbleiben.“

Das Finanzministerium soll entgegen dem vorliegenden Beschluß versuchen, einen weiteren Abbau des Personalabbaus vorzunehmen. Dadurch würden die bisher gelübten und bewährten wissenschaftlichen und psychologischen Heilmethoden verlassen werden. Weiterhin soll die zugelegte planmäßige Beamtensstellung der noch nicht planmäßigen Pfleger vereinfacht werden.

Der Landtag wolle daher beschließen:

1. Der Abbau der geplanten Pflegestellen wird nicht durchgeführt,
2. die mit Aussicht auf planmäßige Beamtensstellung eingestellten, zur Zeit noch nicht planmäßigen Pfleger werden in dem Maße, in welchem Stellen frei werden, planmäßig angestellt.

Die Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bewegen sich im Rahmen des Möglichen und Erfüllbaren. Sie sind aber auch das äußerste, das Mindeste, was getan werden muß, um eine Katastrophe zu vermeiden. Die Fleischsteuer kann und muß aufgehoben werden. Ihr Ertrag steht in keinem Verhältnis zur Belastung der breiten Massen durch ihre Abwälzung; was die Steuer einbringt, fällt gegenüber dem Staatsdefizit nicht zu sehr ins Gewicht. Und außerdem hat gerade dieser Tage Reichsminister von Schleicher sich gegen jede neue Steuermaßnahme gewandt. Die Fürsorgezuschüsse müssen erhöht werden, wenn nicht eine noch größere unheilvolle Verelendung der Fürsorgeempfangenden eintreten soll. Es sind Hungerlöhne, die zur Zeit gewährt werden. Der Protest gegen die weitere Kürzung der Arbeitslosen-, Renten- und Fürsorgebezüge entspricht dem Vorgehen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in gleicher Richtung. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bietet der diesbezügliche Antrag eine gute Grundlage. Auch hier ist ein guter Weg gezeigt, der leicht gegangen werden kann, wenn ein Wille vorhanden ist. Die Rheinbrückenfrage muß jetzt endlich entschieden werden, wenn sie nicht zu einem großen Skandal ausarten soll. Hier muß endlich ein energisches Wort mit Nachdruck gesprochen werden. Den Wünschen des Personal der Heil- und Pflegeanstalten muß schon im Interesse der weiteren guten Betreuung der Kranken entgegengetreten werden. Der Gesamtverband hat diesem Eruchen eine aussagekräftige Begründung beigegeben. Und schließlich bringt das Arbeitsbeschaffungsprogramm eine Ueberfülle geeigneter Vorschläge, wie und wo Arbeit aufgenommen werden kann. Die Fraktion bezieht in ihren Antrag nur einige Punkte an, sie wird aber bei der Begründung eine große Anzahl weiterer Maßnahmen anführen, aus dem ganzen Lande, aus zahlreichen Gemeinden, wo produktive nützliche Arbeit verrichtet werden kann. Damit die Regierung nicht mit dem Einwand kommen kann, die

Anträge und Vorschläge seien zwar sehr schön, aber der Grundgedanke, daß jeder neuen Ausgabe auch der entsprechende Deckungsbeitrag beigegeben sein müsse, sei nicht gewahrt, macht auch hier die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen praktischen Vorschlag: Im Staatsvoranschlag 1932/33 stehen nämlich 300 000 Mark Ausgaben für Hagelversicherung. Ein ähnliches Geld hat es nun in diesem Jahre gewollt, daß es ausgerechnet nur in solchen Gebieten haagelt, die nicht versichert waren, während die versicherten Gebiete vom Hagelwetter verschont blieben. Die 300 000 Mark sind also kaum angegriffen worden. Es wurde auch bereits ein Teil des Betrags für andere Zwecke verwendet. Die Fraktion schlägt nun vor, zur Deckung ihrer Forderungen aus dem vorgelegenen Hagelversicherungsbetrag 200 000 Mark zu entnehmen und sie für Bewirkung des Arbeitsprogramms zu verwenden. Ein Weg und ein Vorschlag, gegen den kaum etwas einzuwenden sein dürfte.

Die Sozialdemokratie zeigt auch in Baden den Weg, wie die Not zwar nicht behoben — dies wäre ja erst bei einer völligen Umkehrung des Wirtschaftssystems möglich — aber doch in weitgehendem Maße gemildert werden kann. Es wird Aufgabe der Regierung sein, nachdem sie nun über eine halbe Million Mark jährlich für die Kirchen „Konfordat“ festgelegt hat, nachdem sie durch eine Fleischsteuer den Konsum einseitig belastete, zu zeigen, daß sie auch den sozialen Forderungen der breiten Volksmassen entgegen zu kommen bereit ist, daß auch sie ihr Möglichstes tun will, um dem Elend zu steuern. Die Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion werden ein Prüfstein sein, ob die neue Koalition noch einen Rest von sozialem Geist aus der alten Regierung hinüber genommen hat. Die Erledigung dieser Anträge wird erste Aufgabe des Landtags im neuen Jahr sein. Ist der Landtag sich seiner sozialen Pflicht bewußt, so wird er sie reiflich annehmen.

Partei-Nachrichten

„Klassenverrat der Kommunisten“

Darüber sprach in einer Parteiverammlung in Dresden der Landtagsabg. Edel, der dem sogenannten linken Flügel der Partei angehört. Wir zitieren nach einem Bericht der „Dresdener Volkszeitung“:

„Einleitend kennzeichnete er die Verlogenheit der kommunistischen Einheitsfrontparole und die enge geistige Verwandtschaft der Kommunisten und Nationalsozialisten. Die kindliche „Entfaltung der Sozialdemokratie“ ist das A und O der KPD. Die Kommunisten lehnen eine Einheitsfront mit der Eisernen Front ab, aber mit den Nationalsozialisten, den Unorganisierten und Gelben geben sie zusammen!“

Was man im Reich erlebt, zeigt sich in allerhöchstem Maße auch bei den Kämpfen im Sächsischen Landtage. Kommunisten und Hakenkreuzler sind zusammen ausgezogen, um das sächsische Parlament zu beschließen. Dabei würde das frühere rote Sachsis überhaupt keine bürgerliche Mehrheit haben, wenn wir uns nicht bei unseren Kämpfen gegen die Angriffe der Kommunisten in unserem Rücken erwehren müßten.

Der Kampf für das Wohl des wertvollen Volkes wäre halb so schwer, wenn wir in Sachsen den Verwaltungsapparat in Händen hätten. Die Kommunisten zerstören aber durch ihre Wahnpolitik die Machtstellung, die das Proletariat haben könnte, und verhehlen damit den Konterrevolutionären zur Machtfestigung im Staate.

Unter Genosse Wedel ist von Renner als Soldat der Sozialisten hingenommen worden. Das tat Renner, um einen Vorwand dafür zu haben, daß die Kommunisten bei der Präsidentenwahl nicht für Wedel stimmten! Wie diese Haltung der Kommunisten von der Reaktion eingeschätzt wird, zeigt ein Artikel des Deutschen Nationalen Siegers, in dem es heißt: „Die bürgerlichen Kreise werden diese Wendung mit Freuden begrüßen. Eine Machtfestigung ist gefallen, die der Marxismus seit 13 Jahren inne hatte.“ Mit ihrer Taktik, die Sozialdemokratie zu entzweien, entwertet die KPD ihr eigenes Wesen. Wenn die Kommunisten behaupten, die SPD sei ein wahres Wesen, so müssen wir auch diese Demagogie zurückweisen. Wenn wir nicht Gewißheit gehabt hätten, daß sonst Dittler gewählt worden wäre, würde es niemand in unserer Partei eingestanden sein, für Hindenburg zu stimmen. Wenn Hindenburg 1925 und 1932 gewählt worden ist, so ist auch das der SPD feindliche Politik der KPD zuzuschreiben!

Erste Aufgabe einer vernünftigen Klassenkampfpolitik müßte es sein, die weiten Mittelschichten, die sich bisher im Banne großkapitalistischer Parteien befanden und nun zum großen Teile dem Faschismus nachlaufen, an die sozialistischen Fäden zu fesseln. Mit der Desperadopolitik, der Verleumdungstaktik der Kommunisten, wird man diese Schichten aber nicht gewinnen. In proletarischer Pflichterfüllung müssen wir die unerhörten Parteimänner der Kommunisten zerstören und an ihre Stelle den klaren, zielbewußten Klassenkampf setzen. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns, und wer gegen uns ist, muß niedergestampft werden. Wer sich konterrevolutionär betätigt, muß als Konterrevolutionär bekämpft werden.“

„Ohne Profit raucht kein Schornstein“

Neuerdings machen sich Unternehmer dieses Bebelwort zunutze, um damit die Unrentabilität des privaten Profitens zu dokumentieren. Es ist gut, daß jetzt Georg Deder, dessen ausgezeichnete aktuelle Darstellung („So kommen wir zum Sozialismus“) betitelt ist die neue Broschüre von Deder, erschienen im Dieck-Verlag, Berlin der Profitwirtschaft in ihrem gegenwärtigen Stadium gibt und die Vorschläge der Sozialdemokratie zum Umsturz der Wirtschaft erläutert. Obwohl es sich um wirtschaftliche Dinge handelt, die von manchem als schwerförmig und trocken angesehen werden, bleibt die Broschüre gut verständlich und fesselt das Interesse des Lesers. So wird dieses Zehnseitige-Büchlein von der Notwendigkeit überzeugen, mit uns gegen den Kapitalismus zu kämpfen, die heute noch an die Illusionen eines „Nationalen Sozialismus“ glauben. Sorgen wir also für einen recht großen Verkauf.

Soziale Rundschau

Die Wiederinruffsetzung von prämierten Lebensversicherungen ist wichtig.

Um dem Verfall von Lebensversicherungen im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Versicherten entgegenzuwirken, hat die Volksfürsorge die Einrichtung einer prämierten Versicherung. Diese Einrichtung ist unter den Auswirkungen der Krise stark in Anspruch genommen worden. Zwingend ist mit der Umwandlung der Versicherung in eine beitragsfreie auch eine Minderung der vertragsumfänglichen Versicherungssumme verbunden. Die beitragsfreie Versicherungssumme wird errechnet nach den bis zur Umwandlung eingezahlten Beiträgen. Zu der ehemals geltenden Versicherung kann unter Hinzuziehung der Versicherungsdauer oder Nachzahlung der ausgefallenen Beiträge jederzeit ein Antrag auf Wiederinruffsetzung gestellt werden. Die alte Versicherungssumme würde dann wieder in voller Höhe Vertragssumme sein. — Da eine beitragsfreie Versicherung immer nur ein Notbehelf ist und die von jedem abgeschlossene Lebensversicherung wahrscheinlich gerade der finanziellen Leistungsfähigkeit angepaßt war, sollte niemand vermelden, bei sich bessernder Wirtschaftslage die Wiederinruffsetzung zu beantragen. Er gewährt dadurch seiner Familie den Versicherungsschutz in voller und ausreichender Höhe.

Aus aller Welt

Flugzeugabsturz in Johannistal

Berlin, 18. Dez. Eine Klemm-Maschine stürzte kurz nach dem Ausfliegen vom Flugplatz Johannistal ab. Es gelang der Feuerwehr, den Piloten aus den Trümmern schwerverletzt zu bergen. Während der Begleiter durch eine Kopfverletzung auf der Stelle tot war.

Eisenbahnunfall bei Zürich

Bern, 18. Dez. Infolge Nebels fuhr in Dettikon bei Zürich ein Personenzug auf eine stehende Lokomotive auf. Nach den bisher eingegangenen Meldungen hat dieser Unfall drei Todesopfer gefordert; zwölf Personen sollen verletzt sein.

Mord und Selbstmord

Landsbut, 18. Dez. In der Nacht unterhalb Landsbuts wurde der Reichwehrgenossen Karl Knerr mit einem Kopfschuß schwer verletzt aufgefunden. Neben ihm lag die ledige Näherin Franziska Taubenthaler aus Landsbut, die durch einen Kopfschuß den Tod gefunden hatte. Knerr hatte erst das Mädchen getötet und dann die Waffe gegen sich selbst gerichtet. Er starb nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Torsten Kreuzer zu 3 1/2 Jahren Zwangsarbeit verurteilt

Stockholm, 18. Dez. Generalkonstapel Torsten Kreuzer, der Ende des Jahreshäftlings, wurde vom Stockholmer Amtsgericht zu dreieinhalb Jahren Zwangsarbeit wegen Betrugs im Zusammenhang mit Konkursverbrechen durch falsche Buchführung und betrügerischen Bankrott im Bezug auf die Hydroforien-Angelegenheit verurteilt. Torsten Kreuzer wurde außerdem verpflichtet, an Käufer von Hydroforien-Obligationen Schadenersatz in Höhe von zusammen über einer Million Kronen zu leisten.

Das Eisenbahnunglück in Südfrankreich

Paris, 18. Dez. Zu der gemeldeten Zugentgleisung bei Mauro unweit von Perpignan berichtet der „Petit Parisien“, der Unfall sei dadurch hervorgerufen worden, daß auf dem Gleise eine zerbrochene Schraube lag, die von einem Auto auf die Schienen geschleudert worden war. Unter den Todesopfern befinden sich drei Deutsche, das Ehepaar Gerber und ein Fräulein Charlotte Bremer, unter den Verletzten der Deutsche Alfred Bus.

Unter dem Verdacht des Vätermordes verhaftet

Tübingen, 18. Dez. Im Zusammenhang mit dem Tode des 49jährigen Schmiedemeisters Kurt Fischer aus Lindendorf, der am Donnerstag mit einem Herzschuß aufgefunden wurde, ist der 17jährige Sohn Fischers unter dem dringenden Verdacht, seinen Vater erschossen zu haben, festgenommen worden. Der junge Fischer hat bereits gestanden, die Waffe, die beim Tode nicht gefunden wurde, an sich genommen und versteckt zu haben.

Zwei Todesurteile

Torgau, 18. Dez. Das Schwurgericht verurteilte den 20 Jahre alten Landarbeiter Walter Vies aus Braunsdorf (Kreis Witten-

berg) wegen Vätermordes zum Tode und seine Mutter, die Witwe Minna Vies, wegen Anstiftung zur Tat ebenfalls zum Tode. Der wegen Mithilfschaft angeklagte 14jährige Willi Vies wurde zu einem Jahr Gefängnis bei fünfjähriger Bewährungsfrist und Schutzauflage auf fünf Jahre verurteilt. Walter Vies hatte auf Anstiftung seiner Mutter in der Nacht am 13. April den Vater im Bett ermordet und die Leiche, nachdem er sie angekleidet hatte, im Schuppen aufgebahrt, um einen Selbstmord vorzutäuschen.

Französische Filmgesellschaft vernicht

Paris, 18. Dez. Seit dem 28. November wird eine französische Nacht vernichtet, die 28 Mitglieder einer Filmgesellschaft nach Paris (Südamerika) befördern sollte, wo sie eine wissenschaftliche Filmaufnahme machen wollten. Es handelt sich um die Nacht „Sita“, ein Schiff von 580 Tonnen Wasserverdrängung, das am 26. November der Kapverdischen Inseln verlassen hat. Vor acht Tagen hat in der Gegend, die das Schiff durchfahren mußte, ein schwerer Sturm gewüht.

Kölnener Chauffeur ermordet

Köln, 18. Dez. Auf der Landstraße Köln-Frechen wurde der Kraftfahrer Derkmann aus Köln erschossen aufgefunden. Die Leiche, die drei Schüsse aufwies, lag etwa 60 Meter von dem Kraftwagen entfernt. Derkmann hatte in der vergangenen Nacht mit einem etwa 35 bis 40 Jahre alten Fahrgast, der vom Hauptbahnhof gekommen war, eine Fahrt nach Marsdorf angetreten. Der Regierungspräsident hat eine Vernehmung von 500 RM für die Ermittlung des Täters ausgesetzt.

Unterdrückung

Büren, 18. Dez. Der Rentant der hiesigen Kreiskommunalfälle hat seiner Amtsbehörde mitgeteilt, daß er in den letzten Jahren insgesamt 142 000 RM unterschlagen habe. Der Beamte ist verhaftet worden.

Dr. Mailart gestorben

Genf, 18. Dez. Der Genf im Alter von 67 Jahren Dr. med. Hector Mailart, der während des Krieges als Sanitäts-offizier für die Kriegsinfernierten in Genf tätig war.

Tränengas in einem Warenhaus

Wien, 18. Dez. Am heutigen „Goldenen Sonntag“ als in den Nachmittagsstunden das Warenhaus Gerngroß, das größte Warenhaus Wiens nahezu überfüllt war, stiegen plötzlich gleichzeitig an mehreren Stellen von Tränengas herabfallende Gas auf, die vor allem bei Frauen und Kindern die größte Verwirrung hervorriefen. Alles drängte in großer Aufregung den Ausgängen zu, jedoch nur mit Mühe eine Panik vermieden werden konnte. Der Feuerwehr gelang es nach einstündiger Arbeit, die Räume zu entlüften. Die Urheber des Tränengasanschlags sind noch nicht festgesetzt. In den letzten Tagen betrieb die Nationalsozialisten eine lebhaft antijüdische Propaganda mit der Aufforderung an die arische Bevölkerung Wiens, in jüdischen Geschäften nichts zu kaufen.

Entdeckung einer Schwarzbrennerei

Worms, 17. Dez. Ein riesiger Schwarzbrennereifabrikant wurde von der Zollabteilung der Zollverwaltung in Worms entdeckt. Der verhaftete Brennermeister in Worms, der 1913 in Worms, ein früherer langjähriger Reichstagsabgeordneter und zugleich Vorsitzender des Ausschusses der Reichsbrennereiverbände, betrieb in dem Ort Schwanau eine Schwarzbrennerei. Nach Angabe der Zollabteilung wurden monatlich 1500-2500 Liter Weingeist hergestellt. Außerdem wurden tausende Liter Brennspiritus bezogen und heimlich gereinigt. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß dieser Betrieb schon sechs Jahre lang in Tätigkeit ist.

Besser spät als niemals

Der englische Dichter Bernard Shaw, dessen wichtige Lustspiele und Komödien auch viele deutsche Bühnen aufgeführt haben, überraschte die Welt vor kurzem mit der Mitteilung, daß er trotz seiner 76 Jahre noch Unterricht in den modernen Tänzen nehme. Jetzt kommt aus England die Nachricht, daß der 1856 geborene Dichter jedoch noch eine Lebensversicherung über 10 000 englische Pfund (also rund 140 000 Mark) abgeschlossen hat!

Es mag für manche Leser schwer verständlich sein, daß die englische Lebensversicherungs-Gesellschaft bereit war, eine solche Versicherung abzuschließen. Ähnliche Fälle sind aber auch in Deutschland bisher der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt. Noch nach dem Weltkrieg lebten Lebenversicherer, also etwa im gleichen Alter wie Shaw. Im allgemeinen führen die Lebensversicherungs-Gesellschaften in ihren Tarifen nur die Jahresbeiträge für ein „Einkommensalter“ bis zu 60 oder 65 Jahren; die im Alter von 66 Jahren und in noch höherem Alter abschließen wurden. Das für die Allgemeinheit interessanter Ergebnis der Alters-Statistik ist jedoch dieses: In Deutschland sind mehrere Millionen Männer und Frauen lebensversichert, welche das 40 Lebensjahr bereits überschritten hatten als sie die Lebensversicherung abschlossen. Das Denken mancher Familienväter, welche vor 1892 geboren sind, daß sie „für eine Lebensversicherung schon zu alt seien“, ist also durch das Beispiel von Millionen Männern und Frauen widerlegt!

Marktbereichte

Kaiserslautern, 17. Dezember 1932. Zufuhr: 51 Milchschweine, 11 Kälber, 10-16 pro Paar für Milchschweine, 13-14 pro Stück für Kälber. Handel: mittel. Nächster Markt am Freitag, den 23. Dezember 1932.

Auskünfte der Redaktion

H. A. D. Gen Evening sprach am 2. Mai 1928 (Reichstagswahl) und zuletzt am 15. November 1930 (Gemeindevahl) in der Festhalle in Karlsruhe.

Holz- und Möbelindustrie

Der zweijährige Preisrückgang hat einem kräftigen Auftrieb Platz gemacht, ältere Holzwaren sind knapp geworden. Die Einschläge — besonders in Holzwaren — sind reichlich, der Verkauf lebhaft. Das Geschäft in Möbeln und sonstigen Holzwaren aus Holz (vor allem Hausaltartikeln) sieht an, die Preise gehen nach oben. An den Märkten der großen Stapelware hat sich das Bild wegen der Bormode kaum geändert.

Kleine Anzeigen von Firmen, die sich große Mühe geben!

Juwelier und Goldschmied
Friedrich Abt
Waldstr. 24, zwischen Feger & Hofmann u. Kaffee Museum
Rechtlang!
Wir arbeiten alles in eigener bestergerichteteter Werkstatt reell, gut und billig
Beachten Sie die beiden Schaufenster
Ratenabkommen Telefon 7684

Handarbeiten
Wolle, Strümpfe
Stets das Neueste zum billigsten Preis

Vieser G. m. b. H.
Karlsruhe, Kaiserstr. 225

Kratz
Waldstraße 91, neben Café Vogel
Schlittschuhe, Skibrillen

Kurzweil für die Feiertage
bringt Ihnen unser gutes Buch für 20 Pfennig Leihgebühr pro Woche aus der
Leibhücherei Merkur
nur Kaiserstr. 29, Laden

Hilberg's Oberhemden sind Bielefelder Qualitätszeugnisse
Wäsche-Hilberg
Sophienstr. Ecke Waldstr.

Den Weihnachtstagen nur von Kaucher & Jörger
Melzerstr. und Waldstr. Kronenstr. 52
Seit 35 Jahren bekannt für Qualitätsware zu billigsten Preisen

Wäsche und Betten preiswert und gut
bei **Christ. Certel**
Jetzt Kaiserstraße 191

... und die Bürsten u. Toiletteartikel vom Spezial-Geschäft
Rudolf Kümmerle
Kaiserstraße 93 Telefon 2675

Chr. Schneider
Kronenstr. 60, Telefon 1365
Fabrikation feiner Fleisch- und Würstwaren
Spez.: La Nussknitt u. Schinken

Gelegenheitskäufe in Uhren und Schmuck beste Qualität, billigste Preise
J. Gelmann
Karlsruhe, Jägerstr. 36

Rich. Groutars
Goldschmiedemeister
Neuanfertigen Reparaturen
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 171

Das Weihnachtsgeschenk nur von
OTTO SCHMITT
Bäckerei und Konditorei
Jägerstr. 68 u. Kaiserstr. 111
Telefon 4197

H. Bieler jetzt Kaiserstr. 22

Butter - Eier - Käse
kaufen Sie preiswert und gut im Spezialgeschäft
A. Gramlich, Karlsruhe
Kreuzstr. 20, Ecke Markgrafenstraße — Fernspr. 8083

Durlacher Tor-Mühlburger Tor

Marken-Fahrrad oder Spezialrad

Es ist nicht jedermanns Sache, Sie beim Kauf eines neuen Fahrrads zu beraten. Und es ist sicherlich nur eine Zeiterscheinung, daß auch Ihnen fabrikneue Fahrräder zu Preisen angeboten werden, die nur auf Kosten der Qualität und Sicherheit möglich sind. Gerade die Qualität und Güte des Materials, sowie die einwandfreie Verarbeitung und Montage sind die Grundlagen für die Fabrikation der Kaiser-Fahrräder, welche von der Gröbner-Kaiser A.G., Durlach, hergestellt werden. Durch Verwendung nachfolgender Spezialrohre, sowie durch Anwendung eines eigenen Spezial-Hartlötlverfahrens ist es gelungen, die Güte der Kaiser-Fahrräder derart zu steigern, daß selbst bei Belastungsproben von über 600 Kilogramm (12 Zentner) an Rahmen, Gabel und sonstigen Teilen keinerlei Verbiegungen festgestellt werden können. Wenn man bedenkt, wie viele Unfälle durch Rahmen- oder Gabelbruch schon verursacht wurden, begreift man eher, weshalb die Gröbner-Kaiser A.G. weder Geld noch Mühe scheut, Fahrräder zu fabrizieren, die dem Käufer größtmögliche Sicherheit gewährleisten. Nicht nur Sicherheit, sondern auch Lebensdauer und Unterhaltungskosten sind von allergrößter Wichtigkeit. Ihr Fahrrad soll Helfer sein im Existenzkampf und soll Sie auch auf froher Wanderfahrt begleiten. Es ist deshalb doppelt notwendig, zu wissen, daß Sie ein Fahrrad besitzen, das auch den verlässlichsten Ansprüchen gerecht wird. Der Betrieb der Kaiser-Marken-Fahrräder liegt nur in Händen erster Firmen der Fahrradbranche und ist es unbedingt im Interesse des Fahrradkäufers, sich von diesen beraten zu lassen.
Emil Sped.

Trotz der schlechten Zeiten kann jede Hausfrau es ermöglichen, an Weihnachten ihre Lieben mit dem beliebtesten Weihnachtsgeschenk und -Kuchen zu erfreuen. Die Rahmbutter ist vielleicht unerwünscht teuer geworden, statt dieser verwendet die praktische Hausfrau die ganz ausgezeichnete Ebenbutter aus dem Reformhaus Wilhelm & Co., Douglasstraße 22, bei der Hauptpost. Das Pfund kostet jetzt nur noch 74 Pf., das 1/2 Pfund 37 Pf. Diese reine Pflanzenbutter ist laktosefrei, wird nie ranzig und wird von alt und jung auch sehr gerne als Brotaustrich gegessen. Machen Sie gleich einen Versuch damit, Sie werden teillos zufrieden sein.

**Vor dem Einkauf immer daran denken
Wir kaufen nur bei Volksfreundinfernenten**

Bestes Spezialgeschäft für Solinger Stahlwaren, Bestecke, Waffen, Munition
Geschw. Schmid
Kaiserstraße 88
P. Schäfer Schreinerstr. 22
Schleiferei — Messerschmiede

Junker & Ruh-Gasberde
Kohlenherde v. Mk. 70.- an
in Fachgeschäft
K. Haug, Karlsruh. 28

Radio König
Kaiserstr. 112, Telefon 2151

Klischees
NUR BEIM FACHMANN
WRIEGGER
Herrenstr. 58 • Fernspr. 2344

Elektr. Licht- u. Kraftanlagen
Reparaturen jeder Art
Grund & Cehmichen
Waldstr. 55 / Fernspr. 220

Wo wähl' ich meine Möbel aus
Nur im Passage-Möbelhaus
Kaiserstr. 22, Ecke Waldstr. — Fernspr. 2151

Blumengeschäft Eugen Richter
Kaiserstraße 61, Tel. 7749
gegenüber der Technischen Hochschule

Ein Weihnachtsgeschenk soll dauernd Freude bereiten, darum kaufen Sie
HERREN WÄSCHE
aus im Spezialgeschäft. Es bietet
reiner, ein Blick in meine Schau-
fenster wird Sie davon überzeugen
WÄSCHE-LUTZ
Waldstraße 14, neben Colosseum

Für die Feiertage: **Weine** offen u. in Literflaschen
Flaschenweine — Südweine
Pfalz- und Rheinweinhaus
Kaiserstraße 229, Eingang Kirchstraße

Kayser-Fahrräder
Gummi
Erfatzteile
Reparaturen, Zubehör
Emil Speck
Kaiserstr. 229, Eingang Kirchstr.
Telefon, unter d. Kirchstraße

Josef Kleber
Waldstr. 29 / Telefon 2035
Vertreter der
**Esch-Original-
Bauerbräuden**
Ostfriesen Spezialbier
Hoter & Co.
Jub. Max Rossmeyer, Optikermeister
nur Waldstr. 95, Ecke Döppers-
straße, Fernsprecher 2464
Optik / Photo

Auch eine neue Lampe, Nachtsicht-
Lampen, ein Brillen für das Schlaf-
zimmer und den Abend-Schwarm Nacht,
ist ein willkommene Weihnachtsgeschenk
Konrad Schwarz Nachl.
Waldstr. 56 / Fernspr. 252

Zur Weihnachtsgabe
nur Ebenbutter
aus dem
Reformhaus Wilhelm
Douglasstr. 22, bei d. Hauptpost
Telefon 77 — Fernspr. 2151



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

18. Dezember

1793 Konventtruppen erobern Toulon. Erstes Auftreten Napoleons. — 1852 Papst Pius IX. — 1890 Belgischer Sozialist Cesar de Baere. — 1915 Franz. Sozialist Edouard Bailant. — 1918 Geleider Aufstand in Oesterreich und Tschechoslowakei. — 1930 Spaltung der belgischen Sozialdemokratie.

Dezembernebel

Es ist mitteleuropäischer Dezember: Nebel. Mit bleibender Schwere und Unergründlichkeit lagert er auf der Landschaft, er, der lustigste Sproß des Winters. Wie das in Schwaben herangeweht kommt, so feucht und fast, so unheimlich, so ungreifbar, durchdringend, haltend, befeuchtend! Von kalten Seiten trifft es herab, und trockengebliebene Grasbüschel heugen sich unter der Last von Nebelperlen. Blutig rot leuchten die Nebellaternen der Autos, die inner- und außerhalb der Ortschaften Mähe haben, auf der glatten schiefeligen Unterlage vorwärtszukommen. Freundlich blickt sich mit ihm der Qualm der Bahnhöfe, der Dampf der Maschinenhäuser, der Rauch der Schlote. Alles umgibt er. Ein Berg scheint vor uns zu liegen, und zwei Minuten später ist es — ein simples Häuschen. Da ragt es riesengroß empor in die Unendlichkeit, hoch, greift nach allen Seiten, wirkt dämonisch bedrückend und — entpuppt sich als nichts weiter denn ein stattlicher Baum mit seinem Gezweig. Wie mit endlos vielen Gezeigeln durchhaucht es das Unterholz des Waldes, Dampf um immergrüne Nadeln sommerlich geliebten, Lenz träumendes Gewand, hüllt vom Buchenstamm zur Eiche, wallt meeresgleich im Talrunde und läuft über Höhen, über Gipfel.

Wer dachte nicht ihrer aller, denen jeht Unheil droht, die jeht Stunden, Tage, Nächte voller schwerer Verantwortung durchleben! Da raht der D-Tag durch Tagesfinsternis und Nachttrauen, kein etwaiges Hindernis wäre zu sehen, und mühselig nur bricht der Signale Silhouette oder Farblinien durch die grauhaarige Wand. Ein unglücklicher Zufall, und das Suchbare ist da —

Dezembernebel wallen. Mit tausend Bildern und Märchen, Trahen und Genien umgarnen sie der Menschen Hirn. Hin aus in den Nebel gleiten Märchenwünsche. Durch des Dezembers finsternde Schriftheit klingt vielstimmig ein Schrei — nach Licht. Aus Weltenebel entwand der riesige Weltenebel, der uns heute trägt. Urnebel verschwanden. Dezembernebel vergeht. Die trübe Daseinsnebel aber bannt Menschenwille, Menschenkraft!

Der Goldene Sonntag in Karlsruhe

Der Goldene Sonntag zeigte sich heute in einem wenig erfreulichen Licht. Es war recht kalt und den ganzen Tag über lagerten dicke Nebelschichten über der Stadt; nur am Nachmittag gelang der Sonne für kurze Zeit, den Nebelschleier zu zerreißen. Auf den Hauptverkehrsstraßen, besonders auf der Kaiserstraße, waren große Menschenmassen unterwegs, viele „Schleute“. Das geschäftliche Ergebnis wird von Geschäftleuten als „zeitgemäß“ bezeichnet.

Jubiläumfeier des Einheitsverbandes

Die Karlsruher Ortsgruppe des Einheitsverbandes der Eisenbahner hatte am 11. Dezember im „Friedrichshof“ ihre Jubiläumfeier mit Familienangehörigen neben den sonstigen sehr zahlreich erschienenen Mitgliedern und deren Angehörige zu einer dem Geist der Zeit entsprechenden feierlichen Feier versammelt. Der geräumige Festsaal konnte unendlich alle Erscheinungen aufnehmen, es mußten wieder Hunderte umstehen, andere wieder mit einem beschönigten Stuhlchen vorlieb nehmen. Hauptzweck der Veranstaltung war — wie Ortsgruppenleiter Bäcker in seiner Begrüßungsansprache hervorhob — nicht ein „Fest“ zu feiern, sondern einige Feiernstunden miteinander zu begehen, durch die rückwärtig an drei Jahrzehnte schwieriger, aber erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit, neue Kräfte ausgeht werden sollen für bevorstehende Kämpfe, die geführt werden müssen, um erstens, zum großen Teil krisenbedingte Rückschläge wieder aufzuheben und neue Fortschritte zu erzielen. — Kollege Wilh. Koch als Vertreter des DDBV, streifte in kurzen prägnanten Ausführungen die rückliegenden Kämpfe der deutschen Arbeiterbewegung, dabei hervorhebend die wirtschaftliche und staatspolitische Stellung der Reichseisenbahner, die stets dann, wenn Gefahr im Verzug war, bewiesen haben, daß sie auch für große Ziele zu kämpfen verstehen. — Bezirksleiter Kollege Christ. Schneider, der an Stelle des leider schwer erkrankten langjährigen, verdienten Führers der freien Eisenbahnerbewegung Wabens, Kol. August Schmal, dem die Versammelten baldige und völlige Genesung wünschten, die Gedankrede hielt, überbrachte zunächst Grüße des Haupt- und Bezirksvorstandes. Redner verstand es im übrigen, in trefflichen Ausführungen ein klares Bild zu geben von den wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Zuständen, die die Eisenbahner bei Gründung der Organisation vor 30 Jahren voranden. Aber auch von der stolzen Entwicklung des Verbandes und der heutigen hervorragenden Stellung derselben in der deutschen Eisenbahner- und allgemeinen freien Arbeiterbewegung. Kollege Schneider schloß seine, auch mit an die Frauen der Mitglieder gerichteten wirkungsvollen Ausführungen mit der ersten Mahnung zur Einigkeit und Geschlossenheit, die trotz aller Widerstände zum Ziele führen wird. — Nach einem von Herrn Sonntag jr. wirkungsvoll vorgebrachten Prolog gedachte der Vorsitzende zunächst der im Weltkrieg geallenen und einst durch Tod ausgegliederten Verbandesmitglieder, um dann anschließend unter namentlicher Benennung ehend der 340 Kollegen zu gedenken, die bereits 30 und 25 Jahre organisiert und ununterbrochen treu zur Sache gestanden. Mit Dankesworten an die „Älteren“ und der Aufforderung an die „Jungen“, zusammen mit den Pionieren der Bewegung auch in Zukunft eine taubereite Kampfgenossenschaft herzustellen, fand der würdige Akt seinen Abschluß.

Nicht unerwähnt sei noch die wirkungsvolle Umrahmung der Feiernstunden durch gesungene gute Leistungen des bekannten Sacher-Quartetts.

Achtung — Lohnsteuer!

Mit dem 1. Januar beginnt für die Lohnsteuerpflichtigen ein neuer Steuerabschnitt. Es erhebt sich die Frage, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, um die Steuerlast zu ermäßigen. Nach dem Gesetz sollen solche Besüsse unversteuert bleiben, die nicht als Einkommen gelten können (Aufwandsentschädigungen). Außerdem bleibt von dem Gesamteinkommen ein Teil als Existenzminimum steuerfrei. Schließlich sollen die Teile des Gesamteinkommens gesondert werden, die der Steuerpflichtige entweder zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung seiner Einkünfte ausgeben muß (Werbungskosten) oder die zu seinen Sonderleistungen gehören, dem Steuerpflichtigen also seinen unmittelbaren Nutzen verschaffen.

Unter Aufwandsentschädigung versteht das Gesetz solche Entschädigungen, die der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer für den Aufwand zahlt, der dem Arbeitnehmer bei seiner Arbeit erwächst. Es handelt sich also um Entschädigungen für Liebernahmen, Verpflegung bei auswärtigem beruflichem Aufenthalt, Reisekosten usw. Diese Entschädigungen müssen jedoch ausdrücklich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart und als besondere Beträge neben dem Lohn gesandt werden; als Vereinbarung gilt auch eine entsprechende Bestimmung des Tarifvertrags. Aufwandsentschädigungen sind grundsätzlich steuerfrei, wenn sie in Höhe des nachgewiesenen Aufwands gezahlt werden oder die tatsächlichen Aufwendungen offenbar nicht übersteigen.

Das steuerfreie Existenzminimum (720 Mark jährlich, 60 Mark monatlich, 14,40 Mark wöchentlich) macht die Höhe von Lohnsteuerfrei, die nach Meinung des Gesetzgebers zur Sicherung der bedürftigen Existenz nötig sind. Wenn aber bei dem Steuerpflichtigen besondere wirtschaftliche Bedürfnisse vorliegen, wenn z. B. eine außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung (einschließlich Berufsausbildung) der Kinder vorliegt, oder wenn durch Krankheit, Körperverletzung, Unglücksfall oder durch geistliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelbarer Angehöriger besondere Ausgaben entstehen, wird durch zwangsläufige Ausgaben das Einkommen stark gemindert, daß das Existenzminimum des Steuerpflichtigen nicht genügt ist. Deshalb kann das Finanzamt eine Erhöhung vornehmen. Voraussetzung dafür ist, daß der Steuerpflichtige einen Antrag einreicht, in dem er die Einzelheiten seiner besonderen Belastung nachweist, wenn möglich durch Rechnungen, Quittungen oder sonstige Belege glaubhaft macht. Lehnt das Finanzamt den Antrag ab, so kann der Steuerpflichtige Einspruch einlegen. Ob das zweckmäßig ist, läßt sich nur nach dem einzelnen Fall beurteilen. Die Zulassung eines erhöhten steuerfreien Existenzminimums ist in das Ermessen der Behörde gestellt. Deshalb wird die Befreiung des Rechtsmittels wegen nur dann erfolgversprechend sein, wenn die Entscheidung des Finanzamts offensichtlich unbillig ist.

Der Aufschlag für Werbungskosten und Sonderleistungen (40 Mark monatlich, 9,60 Mark wöchentlich) stellt eine steuerliche Vergünstigung dar: Mit den Werbungskosten werden die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen steuerlich berücksichtigt. Der Lohn- und Gehaltsempfänger hat z. B. Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für die Anschaffung und Instandhaltung von Wertgegenständen

sowie für die Anschaffung und Reinigung von Berufskleidung. Hierher gehören auch die Unterhaltungskosten für ein Fahrzeug, ein Motorrad, wenn es für den Weg zur Arbeitsstelle verwendet wird. Werbungskosten berücksichtigen also nur die Ausgaben, die sich aus den besonderen Umständen des Berufs ergeben. Dazu gehören nicht die Ausgaben zur Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft der Steuerpflichtigen.

Zu den steuerfreien Sonderleistungen rechnen folgende Ausgaben: 1. Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Unfall-, Invaliden-, Alters- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen; 2. Beiträge zur Sterbekasse; 3. Lebensversicherungsprämien; 4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die berufliche Fortbildung; 5. Kirchensteuern; 6. Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge zu Arbeitskassen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Sonderleistungen, die unter 1 bis 3 aufgeführt sind, auch solche Zahlungen umfassen, die der Steuerpflichtige für seine Haushaltsangehörigen macht. Im allgemeinen werden die Werbungskosten und Sonderleistungen durch den steuerlichen Pauschalbetrag (40 Mark monatlich, 9,60 Mark wöchentlich) endgültig berücksichtigt. In Einzelfällen kann jedoch eine Erhöhung der Pauschale nachgeliegt werden. Der Steuerpflichtige muß dann nachweisen, daß keine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 Mark monatlich übersteigen. In einzelnen Fällen werden neben den Sozialversicherungsbeiträgen auch noch Beiträge für Sonderkassen (private Pensions- und Rentenanstalten, Unterhaltungskassen, z. B. Unterhaltungsvereine) entrichtet oder über diese Beiträge werden vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer an solche Kassen abgeführt. Diese Beiträge erhöhen einerseits den steuerpflichtigen Arbeitslohn, andererseits gehören sie zu den abzugsfähigen Sonderleistungen und können deshalb auch auf die Liste der Sonderleistungen gesetzt werden.

Der Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Betrages ist an das zuständige Finanzamt zu richten. Ihm muß die Steuerkarte für 1933 beigelegt werden. Außerdem empfiehlt sich eine detaillierte Aufstellung der Werbungskosten und Sonderleistungen, wobei möglichst Quittungen und sonstige Belege als Nachweise beizubringen sind. Je glaubwürdiger die einzelnen Angaben sind, umso schneller ist mit der Erteilung des Antrages ohne weitere Rückfragen zu rechnen. Wird die Erhöhung der steuerfreien Beträge gemährt, so erhält die Steuerkarte einen entsprechenden Vermerk. Erst auf Grund dieses Vermerks darf der Arbeitgeber die erhöhten steuerfreien Beträge beim Lohnabzug in Anrechnung bringen. Den Lohnsteuerpflichtigen, die Anspruch auf Familienermäßigung haben, wird diese Ermäßigung erst nach Abzug der erhöhten steuerfreien Werbungskosten und Sonderleistungen vom Arbeitslohn angesetzt. Diese Beiträge erhöhen einerseits den steuerpflichtigen Arbeitslohn, andererseits gehören sie zu den abzugsfähigen Sonderleistungen und können deshalb auch auf die Liste der Sonderleistungen gesetzt werden.

Anträge auf Erhöhung der steuerfreien Beträge können an sich jederzeit im Laufe des Jahres gestellt werden. Werden sie berücksichtigt, so gilt die Erhöhung erst vom Tage der Genehmigung an. Eine rückwirkende Kraft hat also die Erhöhung nicht. Deshalb ist es ratsam, die Anträge möglichst zu Anfang des Jahres zu stellen.

Den „bunten Teil“ der Veranstaltung dirigierte Herr Josef Sonntag, der als Anführer die auch durch seine sonstigen humoristischen Darbietungen alles in fester Spannung hielt. Nicht minder geistig haben Frau Sonntag und die Kinder mit ihren Tanzgruppen sowie der jugendliche Akkordeonvirtuose Hans Deseer. Uffische Gesangsbelegungen betritt wiederum das bereits lobend erwähnte Quartett. Insgesamt boten alle Mitwirkenden fesselndste beachtenswerte Leistungen, von denen alle Teilnehmer hochbefriedigt waren. Man konnte als Gesamturteil nur immer wieder hören: Das war wieder mal etwas anderes, es war einfach schön! Und in der Tat, es waren Feststunden, die in ihrer Gesamtwirkung den rund 600 Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben und sich auch für die weitere Entwicklung der Ortsgruppe nur günstig auswirken werden.

Die Polizei berichtet:

Schwere Körperverletzung

In der Altstadt wurde in vergangener Nacht ein 31jähriger Bauarbeiter durch zwei Weiserteile in den Unterleib verletzt. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Verletzte ins Krankenhaus eingeliefert, wo er sofort einer Operation unterworfen wurde. Der Täter, ein 39 Jahre alter Metzger, wurde festgenommen und der Kriminalpolizei übergeben.

In einer Wirtschaft in der Waldhornstraße wurde ein 19jähriger Schüler von einem Manne nach vorausgegangenem Wortwechsel mit einem Bierglas auf den Kopf geschlagen und erheblich verletzt.

Gründungs- und Weihnachtsfeier der Städtischen Schülerkapelle

Man ist es gewohnt, daß unsere Schülerkapelle alljährlich die Weihnachtsfeier öffentlich zeigen läßt. Es ist bei dem Chor festzuhalten zur Tradition geworden, dies zu tun. Auch diesmal fand am 11. Dezember im großen Festsaal der Kaiserstraße die Gründungs- und Weihnachtsfeier der Schülerkapelle statt. Das Publikum hatte sich zu rechtlich pünktlich, daß nicht einmal jeder Platz finden konnte. Außer der etwa 120 Mann starken Kapelle hatten sich selbstverständlich noch die „Sänger“ die er jungen Männer oben angeht. Ein großer Teil der Zuhörer rekrutierte sich aus Eltern und einigen Lehrern; die Vertretung der Behörde war ebenfalls erschienen. Den Stab führte Herr Hauptlehrer M. G. e u l i c h.

Die Vortragsfolge war äußerst abwechslungsreich und sinnvoll zusammengestellt. Vornehmlich in der Opernmusik, da wieder vorwiegend in der Operette in der Oper „Martha“ von Flotow, entfaltete sich die ganze Macht musikalischer Würde und Ausdruckskraft des in solcher Größe selten anzutreffenden Musikapparates. Außerdem hörte man den Pigerchor und das Vokalensemble „Tannhäuser“ von Wagner, welche Stücke neben den beiden Weihnachtsliedern der Weiße nicht entbehren. Serenaden, Walzer, Walzer-Intermezzo, Traumbilder und nicht zu vergessen die äußerst beliebten

Märsche begleiteten und füllten das Programm leicht und modernisiert so das Vorgelegene zum bunten Bild. Herr Grewlich weiß, was er von seinen meist jüngeren Schülern verlangen darf. Aber zu einer Dreierprobe mühte er sich dennoch, mit „Martha“ wiederholt zu werden.

Es traten außer dem Orchester noch je 2 Solisten für Klarinette und Trompete auf; beide Paare stellten mit Fleiß ihren Mann; mit viel Übung, besonders technisch, nur immer weiter so, es wird dann schon werden, was noch nicht ist. Ob der Schöne der Darbietungen war niemand in der Festhalle, der nicht seiner großen Freude und Begeisterung über die Leistungen der Schüler hörbar Ausdruck verliehen hätte.

Nach Abschluß eines Teils der Darbietungen sprach Herr Stadtoberschulrat K i m m e l m a n n sich dankbar gegenüber Stadtverwaltung und Leiter als Förderer und anfeuernd gegenüber den Mitgliedern der Kapelle aus. Es wäre ihm eine angenehme Pflicht, so referierte er, 6 Schüler für 10jährige Tätigkeit das goldene und 18 Schüler für 15jährige Mitgliedschaft das silberne Ehrenzeichen überreichen zu dürfen. Gründungs- und Weihnachtsfeier seien zusammen. Begründet 1883 und 1885 mit einer anderen Kapelle sich vereinigt, fände die Kapelle — als einzige ihrer Art in Deutschland — im 49. Lebensjahre. Trotz einigen Einschränkungen (Streichorchester, fahde d. B.) konnte die Kapelle zurecht erhalten bleiben. Den lebenden Helden, wie auch im besonderen dem ehemaligen Dirigenten, Herrn Obermusikmeister z. D. S. Biele, wie auch dem jetzigen Dirigenten, dem sehr befähigten Führer der Musikanten, Herrn M. Grewlich, herzlichsten Dank für die Erfolge. In einer Zeit, wo leider auch die Musik technisiert sei und immer mehr wurde, beispielsweise im Radio, sei es doppelt notwendig, kulturelle Werte zu pflegen und dem Volke näher zu bringen. Es sei ein Unterschied im Erlebnis zwischen Hinhören und aktiver Betätigung.

Nicht nur den Geist, Verstand zu schulen sei Pflicht der die Jugend leitenden Männer, sondern auch die tiefen Gemütskräfte, welche gerade in der deutschen Seele so sehr liegen, zu pflegen, wäre mit Aufgabe zum Überwinden des harten Lebens der zukünftigen Generation. Stärken soll die Musik, Kraft geben fürs Leben und führen in die Höhen der Schönheit musikalischer Kunst. Wenn trotz aller finanziellen Schwierigkeiten die Schülerkapelle aufrecht erhalten ließe, so ist das der Stadtverwaltung zu danken.

(:) Veranstaltungen des Bildungsausschusses der Karlsruher Volksgemeinschaft. Für die am kommenden Dienstag, den 20. Dezember 1932, abends 8 Uhr, im Studentenhaus stattfindenden Weihnachtsfeier hat eine lebhafteste Kartemachfrage eingeleitet. Der Bildungsausschuss hat sich deshalb, im Benehmen mit der Spielgruppe Karlsruhe entschlossen, in Zusammenhang mit der Spielgruppe eine weitere Aufführung anzusetzen. Eintrittsgeld hierfür sind beim Arbeitsamt und bei den Verteilungsstellen der Volksgemeinschaft kostenlos erhältlich. Jeder Eintrittsgeld berechtigt nur für eine Person zum Eintritt. Jeder Eintrittsgeld berechtigt auch nur zum Eintritt zu der auf ihm angegebenen Zeit, nämlich entweder nachmittags 5 Uhr, oder abends 8 Uhr.



Zum Fest ein Spar-Paket

Inhalt in Pfund-Packungen	
1 Pfd. Weizenmehl	nur 100
1 " Zerkleinert	100
1/2 " Nudeln	100
1/2 " Nudeln	100
1/2 " Nudeln	100
1/2 " Nudeln	100

Pfandkuch

